

Kulturpolitische Stellungnahme zum Haushaltsentwurf der Berliner Regierung 2026/27

Mit großem Unverständnis und wachsender Sorge nehmen wir, der Rat für die Künste Berlin, die Planungen der Berliner Regierung für den Doppelhaushalt 2026/27 zur Kenntnis. Zwar wächst der Gesamthaushalt auf ein Rekordvolumen von 43,8 bzw. 44,6 Milliarden Euro, doch der Anteil für Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt fällt erstmals seit Jahrzehnten auf unter 2 %. Dies ist ein verheerendes politisches Signal mit gravierenden Folgen – und es ist das falsche Signal für eine Stadt, deren Attraktivität, wirtschaftliche Zukunft und gesellschaftlicher Mehrwert wesentlich auf einer starken, vielfältigen und offenen Kulturlandschaft beruhen.

Strukturelle Kürzungen unter dem Deckmantel vermeintlicher Stabilität

Dass der Kulturetat mit rund 982 Millionen Euro (2026) und 999 Millionen Euro (2027) erstmals die Tarifsteigerungen abbildet, ist längst überfällig – jedoch kein Fortschritt, sondern eine lange notwendige Selbstverständlichkeit. Der damit verbundene Eindruck von „Stabilität“ ist trügerisch. Real bedeutet der aktuelle Haushaltsplan ein Einsparvolumen von geschätzten 160 Millionen Euro im Vergleich zur ursprünglichen Planung – bei gleichzeitiger Inflation, steigenden Betriebskosten, Miet- und Energiepreisen, Schäden durch haushaltspolitische Maßnahmen (wie das zukünftige Aussetzen von Verpflichtungsermächtigungen), sowie den dringend nötigen Honoraranpassungen im Kulturbereich. Der angekündigte Ausgleich der Tarifsteigerungen nützt wenig, wenn die Einrichtungen bei gleichzeitigem Mehraufwand weniger Geld für ihre Angebote haben.

Diese Kürzungen bedrohen nicht nur einzelne Programme, sondern gefährden die kulturelle Infrastruktur dieser Stadt in ihrer gesamten Breite, Diversität und Tiefe.

In der Freien Szene bleibt die Situation weiterhin äußerst prekär – trotz der Ankündigung Projektmittel nicht zu kürzen. Die Freie Szene ist unmittelbar mit den Institutionen verwoben und mehrere angekündigte Sparmaßnahmen sind für diesen wichtigen Innovationsmotor der Stadt fatal. Der Wegfall der Ausstellungshonorare, die Kürzungen im Arbeitsraumprogramm sowie die Streichung anderer Förderinstrumente bedeuten für viele Akteur:innen eine zusätzliche, existenzielle Belastung. Die Folgen werden in allen Bezirken künstlerische Vielfalt reduzieren.

Die dezentrale bezirkliche Kulturarbeit wird zudem - über unterschiedliche Titel verteilt - gegenüber dem Ansatz von 2025 um fast 25% gekürzt. Besonders gravierend ist die komplette Streichung des Fonds für Ausstellungshonorare (FABiK), dessen Fehlen sich jährlich auf über 1400 bereits prekär lebende Künstler*innen auswirken wird. Der Wegfall dieses Fonds wird zu dramatischen Programmreduktionen bei den 37 Kommunalen Galerien führen, deren Aufgabe es aber gerade ist, ein vielfältiges wohnortnahes Angebot für ganz Berlin zu schaffen. Die Wertschätzung künstlerischer Arbeit in der Gesellschaft wird mit der Abschaffung des seit 2016 aufgelegten Fonds in ihrem Kern gefährdet.

Die Kultur ist kein Luxus – sie ist Teil der Berliner DNA

Berlin ist nicht trotz, sondern wegen seiner lebendigen, vielstimmigen, oft auch unbequemen Kulturszene eine internationale Metropole mit Strahlkraft. Tourismus, Kreativwirtschaft, Wissenschaft und internationale Fachkräftezuwanderung profitieren von genau diesem kulturellen Klima. Der jetzt vorgelegte Haushalt gefährdet diese Grundlagen nachhaltig.

Wenn vor allem in repräsentative Einrichtungen investiert wird, gleichzeitig aber andere Bereiche der lebendigen Kulturszene unterfinanziert bleiben, verkennt die Politik den Charakter und das Potenzial dieser Stadt. Berlin lebt von seiner Vielfalt – nicht von Repräsentation allein.

Junge Menschen, arme Menschen, alte Menschen – wer zahlt den Preis?

Besonders gravierend sind die Auswirkungen für Menschen, die ohnehin weniger Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe haben. Kinder und Jugendliche, die während der Pandemie gesellschaftliche Verantwortung getragen haben, werden jetzt mit Einsparungen im Bereich der kulturellen Bildung konfrontiert. Die Kürzungen treffen Kinder- und Jugendtheater, soziokulturelle Einrichtungen, freie Träger – und damit die Lebenswirklichkeit junger Menschen in allen Bezirken und in vielfältigen Bereichen.

Auch ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, von Armut und Einsamkeit betroffene sowie aufgrund von Herkunft, Religion oder sexueller Identität sowie rassistischer oder antisemitischer Zuschreibung marginalisierte Gruppen werden in ihrer Teilhabe beschnitten. Die Aushöhlung von Maßnahmen der Antidiskriminierungsarbeit ist in einer Zeit, in der demokratische Werte und gesellschaftlicher Zusammenhalt unter Druck stehen, besonders besorgniserregend.

Der Transformationsfonds bleibt eine Black Box

Die jährlich geplanten 20 Millionen Euro für einen „Transformationsfonds“ wirken auf den ersten Blick vielversprechend – doch bis heute gibt es keine transparente Kommunikation zu Zielsetzung, Ausgestaltung oder Beteiligungsprozessen, zugesagte Mitbestimmung findet bisher nicht statt. Die in dieser Hinsicht intransparente Haushaltskommunikation – teils ausschließlich über die Presse – hat weiteres Misstrauen erzeugt. Die Menschen in Berlin haben ein Recht auf frühzeitige, klare und verlässliche Information. Kulturpolitik darf nicht aus dem Hinterzimmer heraus agieren.

Fazit: Dieser Haushalt gefährdet Strukturen – und die kulturelle Zukunft Berlins!

Der Rat für die Künste warnt eindringlich vor den langfristigen Folgen dieses Haushalts:

- **Strukturen, die über Jahre aufgebaut wurden, stehen vor dem Kollaps.**
- **Die kulturelle Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten wird massiv eingeschränkt.**
- **Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Berlins wird ausgebremst.**

Berlin braucht eine mutige, zukunftsorientierte Kulturpolitik, die in die Vielfalt der Stadt investiert – nicht nur in Gebäude, sondern in Menschen, Ideen, Prozesse und Zusammenarbeit. Kultur ist kein Kostenfaktor – sie ist ein Standortvorteil, folgt einem Bildungsauftrag und bietet ein Forum, in dem grundlegende Werte verhandelt werden können, die derzeit von rechts untergraben werden. Kultur ist das Herzstück unserer demokratischen Gesellschaft!

Wir fordern den Senat auf,

- **den Kulturbereich im bisherigen Umfang (min. 2 Prozent) zu finanzieren,**
- **den seit 2016 gültigen Ausstellungshonorarfonds FABiK weiterzuführen,**
- **die realen Kostensteigerungen anzuerkennen und auszugleichen,**
- **den Transformationsfonds transparent, partizipativ und zügig mit den Expert:innen der Berliner Kulturszene auf- und umzusetzen.**

Berlin darf nicht an seiner eigenen Kultur sparen.

Rat für die Künste Berlin